

⊕ Pro: Zusammenarbeit mit Linkspartei

von Franziska Drohse



☞ Franziska Drohse, ist Jusos-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: Christian Plambeck

» Eine Koalition links der Mitte schien in Deutschland lange Zeit aussichtslos. Weder konnte die SPD absolute Mehrheiten erringen, noch existierte eine verlässliche Partei links der Sozialdemokratie. Die Grünen haben sich als eine bürgerliche und wirtschaftsliberale Milieupartei etabliert, die künftig zeigen muss, welche progressiven Gestaltungsmöglichkeiten sich mit ihr verbinden. Erst die historisch-spezifische Konstellation, unter der die PDS entstand, eröffnete die theoretische Möglichkeit einer Mehrheit links der Mitte. Doch die Partei kämpfte hauptsächlich mit sich und der Vergangenheit. Sie suchte nach einem Profil jenseits ihres angestammten WählerInnenklientels und musste doch den inhaltlichen Bezug halten, aus dem sie hervorgegangen war. Dazu kam der betonierte Antikommunismus eines Großteils der SPD, der nicht sehen wollte, dass sich Programm und Personen der PDS nicht an Moskau, sondern an Godesberg anlehnten.

So entstand ein Widerspruch zwischen der reflexartigen Ablehnung der PDS und den politischen Herausforderungen, denn in den neuen Bundesländern hatte man es nicht mit SektiererInnen zu tun, sondern mit einer Volkspartei, die nicht selten mehr Stimmen als die SPD erhielt. Mit dem Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt brachen die Dämme. Die Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin manifestierten eine politische Realität, gegen die man im Rest der Republik noch mit allen Mitteln kämpfte. Anders als erhofft blieb die PDS kein temporäres Phänomen, wie die Gründung der WASG und die schnelle Fusion mit der PDS zeigte. Die Linkspartei füllte ein Vakuum, das die SPD mit

ihrer Reformpolitik hinterlassen hatte. Bei den Wahlen in Hessen und Niedersachsen hat die Linke den Einzug in zwei westdeutschen Flächenländern geschafft. Die Situation ist schwer vergleichbar mit den Konstellationen in den neuen Bundesländern, da sich vor allem das politische Personal der Linkspartei im Westen vom Osten unterscheidet.

» Gemeinsame Fragestellungen von SPD und Linkspartei gibt es. Die zentrale Herausforderung bleibt die wachsende soziale Polarisierung in der Gesellschaft. Neben der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und gerechter Bildungspolitik als Mittel zum sozialen Aufstieg bleibt die Frage nach einer Sozialpolitik, die nicht durch „Fördern und Fordern“ die Menschen demoralisiert und gesellschaftliche Probleme damit individualisiert. Die Globalisierung verlangt linke Antworten, die das Primat der Politik wieder herstellt, ohne sich in Nationalismus zu flüchten.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des Parteivorstandes, die pauschale Abgrenzung zur Linkspartei aufzugeben, notwendig und überfällig. Die Linkspartei hat Positionen, die für die Sozialdemokratie untragbar sind, und Positionen, die wir teilen. Darin unterscheidet sie sich nicht von anderen Parteien. Entscheidend ist, mit wem wir die Herausforderungen der Zukunft packen können. Und das muss, wie ja auch der Parteivorstand festgestellt hat, dort entschieden werden, wo es um Mehrheiten für eine progressive Politik geht. Denn Ziel muss es sein, ein linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und in Verantwortung zu bringen. ■

■ Contra: Zusammenarbeit mit Linkspartei

von Klaas Hübner ■ ■



☞ Klaas Hübner,
MdB, Sprecher des Seeheimer
Kreises und lebt in Neu-
gattersleben (Bernburg).

Foto: Katja-Julia Fischer

» Nach den vier vergangenen Landtagswahlen sitzt die Linkspartei nun in vier westdeutschen Landesparlamenten. Ob dauerhaft etabliert oder nicht: klar ist, dass die SPD intensiv über den Umgang mit der Linkspartei diskutieren muss. Mit Dogmatik und alten Reflexen kommen wir nicht weiter. Mit guten Argumenten und einer selbstbewussten Botschaft hingegen schon. Wenn wir über die mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei sprechen, sollten wir uns auf zwei Aspekte konzentrieren: Programm und Personal. Das ist der Kern der Debatte. Zudem müssen kurzfristige, machttaktische Überlegungen hinter langfristigen, strategischen Überzeugungen zurückstehen. Die Linkspartei ist ein heterogenes Gebilde. Im Osten hat sie eine realistischere Programmatik und ein pragmatischeres Personal als im Westen. Die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS ist in den neuen Ländern seit einigen Jahren gängige Praxis. Klar ist jedoch, dass dies – wenn überhaupt – nur unter Führung der SPD geschehen kann.

Wie halten wir es nun mit der Linkspartei im Westen? Meine Antwort lautet: Keine Zusammenarbeit – weder aktiv noch passiv. Aus guten Gründen war dies die Linie der Gesamtpartei vor den zurück liegenden Landtagswahlen. Ein Kurswechsel aus rein machttaktischen Erwägungen wäre meiner Ansicht nach ein Freifahrtschein für die Aufgabe politischer Glaubwürdigkeit. Die Linkspartei im Westen ist personell und inhaltlich nicht im Ansatz fähig, politische Verantwortung zu übernehmen. Einem Sammelbecken aus kommunistischen Altkadern und frustrierten Sozialisten, die eine Systemüberwindung anstreben, kann keine

Verantwortung – weder aktiv noch passiv – übertragen werden. Wollen wir uns ernsthaft von Leuten abhängig machen, über die selbst Gregor Gysi sagt, dass einige von ihnen „auch aus Sekten stammen“?

» Im Bund stellt sich die Frage nach einer Kooperation auch auf lange Sicht nicht. Zu sehr disqualifiziert sich die Linke durch ihr Führungspersonal und den Unwillen, politische Verantwortung für die Bundesrepublik zu übernehmen. Ihre realitätsfernen Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Finanz- und Sozialpolitik belegen dies. Wer nur zurück in die 70er Jahre möchte, Deutschland international isolieren will und den Menschen vorgaukelt, die Globalisierung stoppen zu können, zeigt deutlich, dass der eigene politische Anspruch nicht über den einer Protestpartei hinausgeht. Zehn Jahre erfolgreiche sozialdemokratische Regierungspolitik geben uns genug Argumente, um uns inhaltlich und personell klar von der Linkspartei abzugrenzen. Unsere Partei, die SPD, blickt mit Stolz auf eine 144-jährige Geschichte zurück. Glaubwürdigkeit ist unser Markenzeichen. Dafür stehen Namen wie Ferdinand Lassalle, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher und Willy Brandt. Wir sollten uns gut überlegen, wie es beim Wähler ankommt, wenn nach Wahlen binnen weniger Stunden Positionen gewechselt werden wie ein Paar Schuhe und den Bürgerinnen und Bürgern die guten Argumente von gestern als Schnee von vorgestern verkauft werden. Das würde uns nachhaltig schaden. Damit setzen wir unsere stolze Geschichte als linke Volkspartei der Mitte aufs Spiel. ■